



Motion Nr. 32 2012/2016

Eingang Stadtkanzlei: 10. Januar 2013

Die Stadt braucht eine neue Schuldenbremse

Nachhaltiges Handeln hat drei Dimensionen: Ökologie, Ökonomie und Soziales. In der Stadt Luzern besteht im Bereich Wirtschaft Nachholbedarf. Die Diskussionen im Grossen Stadtrat zeigen aber immer wieder, dass bei einem Zielkonflikt die finanziellen Aspekte als „kurzfristiges Denken“ bezeichnet werden. Dabei wird vergessen, dass deren Vernachlässigung – d.h. wenn eine Gesellschaft über ihren Verhältnissen lebt – die Handlungsfähigkeit der nächsten (Politik-)Generation massiv beeinträchtigt.

Bei der Budgetabstimmung 2013 hat sich die Diskussion auf die Laufende Rechnung konzentriert, auf das Bremsen des Ausgabenwachstums einerseits und Mehreinnahmen aus Steuern andererseits. Wir müssen wiederkehrende Defizite vermeiden. Weniger thematisiert wurde die Investitionsrechnung. Wenn aber beispielsweise teurere Bauprojekte realisiert werden, als sie in der Gesamtplanung berücksichtigt sind, so vergrössert dies ebenfalls die Verschuldung. Aktuell sorgen tiefe Zinsen für günstiges Fremdkapital; ein gefährlicher Fehlanreiz. Langfristig ist eine steigende Verschuldung verheerend.

Wir verlangen deshalb für die Stadt Luzern eine verbindliche neue Schuldenbremse.

Sie soll dual ausgestaltet sein, d.h. sich sowohl auf die Erfolgsrechnung wie auch auf die Investitionsrechnung beziehen. Wir stellen uns eine mehrjährige Betrachtungsweise vor. Es ist nicht sinnvoll, dass in rezessiven Zeiten gleichzeitig auch der Staat sparen muss; dieser sollte sich entgegen der Konjunkturzyklen verhalten können.

Vermutlich können die bestehenden Systeme einer Schuldenbremse (Bund, Kanton) nicht einfach adaptiert werden. Eine adäquate Lösung für die Stadt Luzern könnte unter Einbezug eines „Think Tanks“¹ entwickelt werden. Beispielsweise verfügt die Universität Luzern mit Prof. Schaltegger über einen Experten auf dem Gebiet der Haushaltskonsolidierung.

Franziska Bitzi Staub
namens der CVP-Fraktion

¹ Eine **Denkfabrik** (nach englisch *think tank*) ist ein nicht auf Gewinn ausgerichtetes Forschungsinstitut oder eine informelle Gruppe von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern, (ehemaligen) Politikern und/ oder Unternehmern, die gemeinsam politische, soziale und wirtschaftliche Konzepte oder Strategien entwickeln und entsprechende öffentliche Debatten fördern, also Politikberatung betreiben. In der Bundesrepublik Deutschland werden Denkfabriken überwiegend öffentlich finanziert, etwa durch die Leibniz-Gemeinschaft. Daneben gibt es auch einige privat finanzierte Denkfabriken, die von Unternehmen, Verbänden, privaten Stiftungen oder Einzelpersonen unterstützt werden. Zu den wichtigsten Funktionen von Denkfabriken zählen die Forschung, das Agenda Setting, die Beratung von Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit, die Forcierung einer öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte und (zumindest in den USA) die Ausbildung eines Pools von Experten, die später als Regierungsbeamte Teil der Verwaltung werden (siehe auch Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft). Quelle: Wikipedia